Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter - Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 1—14 **4. April 1924** **11. Jahrgang**

Die Nummern 1—13sind infolge des Erscheinungsverbots ausgefallen

1924 Wochenkalender 5684

	April	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	6	2	
Montag	7	3	
Dienstag	8	4	
Mittwoch	9	5	
Donnerstag	10	6	
Freitag	11	7	
Samstag	12	8	מצורע שבת הגדול

Das Jüdische Echo

Nummer 1—14 | 4. April 1924 | 11. Jahrgang

Der Hitlerprozeß

Von besonderer Seite

Wer sich durch die ausführlichen Berichte der Tageszeitungen durchgearbeitet hat, ist über das Tatsächliche unterrichtet und wer sich von den tönenden Reden der Angeklagten und Verteidiger nicht betäuben ließ, kann sich selbst sein Urteil bilden. Braucht es da noch eine Betrachtung an dieser Stelle? Sie fände ihre Rechtfertigung doch nur, wenn vom jüdischen Standpunkt etwas Besonderes zu sagen ist. Gewiß, die Angeklagten sind wohl durch die Bank Feinde der Juden, die meisten von ihnen und ein großer Teil ihrer Verteidiger haben sich sogar ausdrücklich zum Judenhaß bekannt. Und wenn wir deutschen Juden so wären, wie die Angeklagten auf Grund der von ihnen gleich einem Evangelium gläubig verehrten „Protokolle der Weisen von Zion" und ähnlich wertvollen Erkenntnisquellen uns hinstellen, wenn wir wirklich „jüdische Politik" zur Vernichtung Deutschlands treiben wollten, dann dürften wir diesen Prozeß freudig begrüßen; denn seit dem Mord an Rathenau hat nichts dem deutschen Ansehen im Inland und Ausland so schweren Abbruch getan, als die in diesem Prozeß offen gelegten Handlungen derer, die sich wortgewaltig rühmen, Deutschlands beste Männer zu sein. Doch da wir deutschen Juden jenem Zerrbild so wenig gleichen, als Ludendorff, den die Verteidiger abwechselnd als „Deutschlands größten Sohn" und als „größten Feldherrn aller Zeiten" priesen, sich mit dem weltumspannenden Menschentum Goethes oder der bezwingenden Bescheidenheit eines in stiller Arbeit zum Erfolg getragenen Hellmuth von Moltke vergleichen darf, so können wir als Deutsche und Juden den Novemberputsch und seine gerichtliche Behandlung nur mit schmerzlicher Beschämung betrachten, wie auch der Spruch fallen mag, der bei Niederschrift dieser Zeilen noch nicht verkündet ist. Was wir zu dem Prozeß zu sagen haben, ist nicht wesensverschieden von dem, was jeder Deutsche darüber denkt, dem nicht Machtwahn und Götzendienst an einem übersteigerten Vaterlandsbegriff den klaren Blick trübt.

Hitler und seine Mitangeklagten versicherten, sie hätten nicht Hochverrat verüben, sondern die „Deutsche Frage lösen" wollen. Wir waren der, offenbar irrigen Meinung, daß diese Frage, mit der sich Deutschlands beste Söhne, die Demokraten von 1815 bis 1870 gemüht hatten, unter Bismarck bereits gelöst sei und daß, so viel uns auch von Bismarcks Werk durch Krieg, Zusammenbruch und Revolution verloren gegangen, das Kostbarste und Wesentlichste, die Deutsche Einheit durch alle Stürme gerettet worden sei. Wir glaubten, daß alle Arbeit zur Befreiung Deutschlands von äußerem Zwang und innerer Not, auf dem aus dem Zusammenbruch geretteten staatlichen Bestand aufgebaut werden müßte. Hitler und die Seinen dagegen hielten sich für befugt, um ihrer zweifelhaften Rettungsversuche willen, die Einheit des Reichs durch ihren phantastischen Marsch nach Berlin der denkbar schwersten Belastungsprobe auszusetzen. Zugegeben, daß ihre Absicht nicht auf Sprengung des Reichsverbandes ging, wie sie es ihren Gegenspielern vorwerfen. Das ist auch der Grund, warum die deutschen Juden, würden sie nicht durch den Rassenhochmut und die Gewaltmethoden der Völkischen ständig zurückgestoßen, noch eher die Richtung Ludendorff gutheißen könnten, als die der anderen vaterländischen Verbände, die unter dem Vorwand, die marxistische Reichsregierung zu bekämpfen, in ihrer scheinföderalistischen Betonung der „Staatspersönlichkeit" Bayern, dem Reich seine Lebensnotwendigkeiten versagen. Wären die ehrlichen und hingebenden Anhänger des Reichsgedankens, die unter den Völkischen jedenfalls überwiegen, nicht durch Schlagworte und Vorurteile verblendet, so hätten sie längst erkennen müssen, daß die durch Beruf, geistige Beweglichkeit, politische Schulung einer engen Kantönli-Politik abholden Juden mit die stärksten Träger des deutschen Einheitsgedankens von jeher waren und in allen Stürmen der Nachkriegszeit geblieben sind.

Den Streit zwischen Hitler und Kahr, darüber, wie weit Kahr den Kampfbund über seine Bereitwilligkeit zum Marsch nach Berlin getäuscht hat, wie weit Kahr vom Kampfbund vergewaltigt wurde, zu entscheiden, ist nicht unseres Amtes. Jüdische Sympathien zu erwerben, hat sich Kahr nie bemüht. Seine Ankündigung, bei seiner Amtsführung sich nur auf Männer deutschen Stammes zu stützen, seine Ausweisungspolitik, die rücksichtslose Unterdrückung des jüdischen Echo, die er auch nicht aufgab, als er auf Verlangen des Landtags die deutschvölkischen Blätter wieder erscheinen ließ, bezeichneten seine Stellung deutlich genug. Gleichwohl mußten es die bayerischen Juden anerkennen, daß er sich bis zum Hitlerputsch mit Erfolg bemühte, äußerlich Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und daß er damit, von einzelnen Ausschreitungen abgesehen, auch die Sicherheit des Lebens und des Eigentums der Juden wahrte. Die Staatsautorität freilich, von der er so viel sprach, wußte er nicht zu wahren. Hat je eine Behörde, die wirklich Autorität besaß, sich statt auf ihre Machtmittel, auf Ehrenworte von aufruhrlustigen Untertanen verlassen, sie würden bis zu dem oder jenem Zeitpunkt, bis zum Eintritt der oder jener Voraussetzung nicht losschlagen? Wie sollte sie auch die Empörungsgelüste bewaffneter Verbände zähmen können, wenn sie selbst mit ihren politischen und militärischen Führern über normalen und anormalen, legalen und anderen Weg zum Sturz einer ihr unerwünschten Reichsregierung verhandelte? So ist der Generalstaatskommissar kaum freizusprechen von Schuld daran, daß er die Kampfverbände so hoch kommen ließ, daß er sie dann nur noch mit Waffengewalt niederhalten konnte. Gewiß ist es unsagbar traurig, daß es zum blutigen Kampf kommen mußte. Doch dieselben Angeklagten, die sich in Empörung darüber nicht genug tun konnten, daß die Polizeiwehr auf Volksgenossen schoß, hätten doch begeistert den Marsch nach Berlin angetreten, obwohl sie damit rechnen mußten, daß er auf Widerstand Andersgesinnter stoßen und vielleicht viel blutigere Opfer fordern würde, als der kurze Zusammenstoß vor der Residenz. Aber freilich, da wäre ja auf Novemberverbrecher und Marxisten

geschossen worden und die sind in Hitlers Augen keine Volksgenossen, sind vogelfrei.

Dieses kaltherzige Abtun des politischen Gegners muß jeden wahren Freund des Vaterlandes — und trotz Hitler nehmen wir deutschen Juden das Recht in Anspruch, uns auch dazu zu rechnen, — bitter schmerzen. Diese Leute sprachen während des Prozesses immer von der Einigung aller Deutschen durch den völkischen Gedanken und von der Zersetzung Deutschlands durch den jüdischen Geist und boten doch dem Zuhörer das kläglichste Schauspiel der Zwietracht und Zerrissenheit. Einig sind diese zahllosen völkischen und vaterländischen Verbände nur im Haß gegen die Juden. Sonst mißtraut einer dem anderen, befehdet jeder alle übrigen, der Kampfbund die vaterländischen Verbände des Prof. Bauer, aber ebenso den Bund Bayern und Reich des Sanitätsrats Pittinger. Ludendorff läßt erklären, daß Kapitän Ehrhardt als völkischer Führer nicht mehr in Betracht kommt und das Eingreifen des Herrn Class vom Alldeutschen Verband erklärt ihm den Umfall Lossows und Kahrs. Ehrenwortbruch und Verrat wirft einer dieser germanischen Helden dem andern vor, nicht erst in der Nacht vom 8. auf 9. November begangen, sondern schon im Mai. Jahrelang haben Pöhner und Hemmeter Herrn von Kahr als den Deutschesten der Deutschen, als den gottbegnadeten Staatsmann, als neuen Bismarck im Süd und Nord angepriesen, wollten ihn zum Reichspräsidenten, zum Diktator bestellen und jetzt erklären sie, ihn von jeher als schwankenden, haltlosen Mann erkannt zu haben, der zum Diktator nur tauglich war, wenn man ihm einen fähigen Gehilfen wie Pöhner an die Seite stellte.

Wir Juden können bei diesem Streit der Helden und der Verbände eine gewisse Objektivität für uns in Anspruch nehmen, werden wir doch von allen mit gleicher Abneigung bedacht; kraft dieser Unparteilichkeit müssen wir sagen, daß sie allesamt uns nicht die berufenen Retter Deutschlands zu sein scheinen.

Freilich teilen wir die Abneigung Hitlers und Ludendorffs noch mit gar vielen Deutschen; getragen vom Vollgefühl eigener Vortrefflichkeit und Unfehlbarkeit sitzen sie über ihre Mitmenschen zu Gericht und entscheiden, wer und was alles „Deutschland abträglich" sei. Alle Marxisten, alle Republikaner, von den Monarchisten alle, die den Wittelsbacher Kronprinzen höher schätzen, als die Hohenzollern, alle Anhänger der Weimarer und Bamberger Verfassung — man hat sie zwar nie gelesen, aber man bekämpft sie — die Ultramontanen, das sind alle Katholiken, die nicht den Nationalismus bedingungslos über die Religion stellen; zwar hat Ludendorff schließlich erkannt, welchen politischen Fehler er mit seinem Vorstoß gegen den Papst und den Kardinal Faulhaber begangen hatte. Aber mit jedem Wort, mit dem er und Justizrat von Zezschwitz diesen Fehler gutmachen wollten, verstrickten sie sich mehr darein. Denn sie stehen ihren katholischen Mitbürgern ebenso wenig frei und unbefangen gegenüber, wie den Juden, beurteilen beide nicht nach ihren Taten und Leistungen, sondern nach einseitigen, vorurteilsvollen Darstellungen; wie ihn die Lektüre der „Weisen von Zion" in eine sinnlose Angst vor der jüdischen Weltherrschaft versetzt hat, so hat er sich aus Schriften ähnlichen Kalibers einen förmlichen Jesuiten-Wahn angelesen. Wenn aber Sozialisten und Katholiken, Republikaner und Juden verworfen werden, wie viel Deutsche bleiben dann noch übrig, mit denen Ludendorff sein Werk der Befreiung Deutschlands durchführen will? Nur der engste Kreis seiner völkischen Anhänger. Der dürfte aber bei allem Heldenmut nicht ausreichen, um Frankreich siegreich zu schlagen.

Nach dieser Betrachtung der Gesamteinstellung der Angeklagten wollen wir uns ein paar bezeichnenden Einzelheiten zuwenden. Welche Auffassung von Beamtenpflicht wurde da bekundet: Oberamtmann Frick bekannte, daß er immer die schützende Hand über die Nationalsozialisten gehalten und aus seiner Abneigung gegen die Juden kein Hehl gemacht habe, auch hierin der treue Diener seines Herrn, des Polizeipräsidenten Pöhner. Und an diese Träger der Polizeigewalt mußten die Münchener Juden jahrelang sich wenden, um Schutz vor Übergriffen und Gewalttaten der gleichen Nationalsozialisten zu suchen, die sie in ihrer Presse, in ihren Versammlungen oder auf den Straßen verübten. Daß die Weimarer Verfassung den Schutz aller Staatsbürger in gleicher Weise gewährleistete, bekümmerte diese Beamten nicht; denn nach ihrer Meinung galt sie in Bayern nicht; die völkischen Verteidiger haben das ja mit einer Findigkeit, die sie in anderen Fällen wohl talmudisch nennen würden „nachgewiesen". Aber die gleichen Grundsätze stehen in der bayerischen Verfassung und in der Reichsverfassung von 1871. Tut nichts; völkische Ziele stehen über Verfassung und Gesetz. Im übrigen haben ja Polizeibeamte, die nicht zu den angeklagten Hochverrätern gehören, sich in ähnlicher Weise über die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden hinweggesetzt, nicht nur jener Wachtmeister, der sich etwas übereilig rühmte, er habe den Verfassungseid verweigert, sondern auch ein Polizeioberst, bei dem die Nachricht vom gelungenen Putsch, vor allem anderen Ausrufe der Befriedigung darüber auslöste, daß man jetzt die Börsen schließen und alle Juden davonjagen könne.

Gegen die Juden allein richteten sich ja auch, abgesehen von der im Prozeß auffällig kurz behandelten Banknotenbeschlagnahme, fast alle „Regierungshandlungen", die die „nationale Regierung" während ihres erfreulich kurzen Bestandes vornahm: Die Besetzung des Bahnhofes, die nach Webers Angabe verhindern sollte, daß das Judengesindel mit devisengespickten Brieftaschen das Weite suche, die Plünderungsversuche im Bavariaviertel, die sog. Geiselverhaftungen. Man kann daraus folgern, was den Juden bevorgestanden wäre, wenn es Hitler und seinen Leuten beschieden gewesen wäre, noch länger „Regierungshandlungen" vorzunehmen. Man sieht daraus aber auch die vollständige Ideenlosigkeit und geistige Unfruchtbarkeit der völkischen Staatslenker, die zur Finanzierung ihres Unternehmens und zur Heilung wirtschaftlicher Notstände keine anderen Maßnahmen kannten, als Konfiskationen, genau wie ihre sonst so verachteten Vorläufer von der Räteregierung.

Der einzige Jude, der im Prozeß, wenn auch nur in der bescheidenen Rolle des Zeugen, auftrat, war der Stadtrat Nußbaum. Natürlich wurde er im Sitzungssaal als lästiger Eindringling behandelt. Man ist sich doch zu gut dazu, sich von einem Juden irgend etwas sagen zu lassen. Und so vertieften sich bei seinem Erscheinen vor dem Richtertisch wie auf Verabredung sämtliche Angeklagte in ihre völkischen Zeitungen, so daß sogar der höchst rücksichtsvolle Vorsitzende diese Ungehörigkeit rügen mußte. Doch nicht nur die Angeklagten, auch die Verteidiger, bekundeten dem jüdischen Zeugen — noch dazu ihrem Berufsgenossen — auf gleiche Weise ihre Nichtachtung. Dieser an sich belanglose Vorgang kennzeichnet die Stellung der Verteidiger in diesem Prozeß; sie fühlten sich nicht als unabhängige Organe der Rechtspflege, sondern als Parteigänger der Angeklagten; waren sie doch auch überwiegend schon an den Vorgängen und Beratungen, die der Tat vorhergingen, als führende Männer völkischer

Verbände beteiligt gewesen. Eine rühmliche Ausnahme machte Justizrat Luetgebrune; er blieb immer Rechtsanwalt, immer sachlich; aber er ist ja auch nicht aus München.

Festgehalten zu werden verdient auch die erfrischend deutliche Art, in der Pöhner sich über jene unter seinen Kollegen vom Beamtenstand äußerte, die sich mit großer Behendigkeit auf den jeweiligen Boden der Tatsachen zu stellen verstanden und sofort nach dem Sturz der vorher so anhänglich verehrten Dynastie sich als Stellenjäger an die neuen Minister heranmachten. In völkischen Kreisen nährt man doch sonst gern die Legende, daß nur die Juden die politische Konjunktur auszubeuten und als Nutznießer der Revolution aufzutreten verstanden hätten. Da wir Pöhners genaue Kenntnis der Bürokratie nicht bezweifeln, scheinen doch auch manche Arier, die durch besondere Amtspflichten ihrem König verbunden waren, rasch umgelernt zu haben. Das verdient vielleicht mehr Tadel, als wenn langjährige Anhänger der zur Herrschaft gekommenen Sozialdemokratie oder auch ein paar junge Literaten in etwas wirrem, aber ehrlichem Tatendrang sich um Stellen im neuen Staatswesen bewarben.

Den Angeklagten wurde ja die Reinheit ihrer Absichten, ihr Idealismus und ihre vaterländische Gesinnung von allen Seiten, auch von der Anklage, unaufhörlich bestätigt. Wir wollen dagegen gar nichts sagen; nur finden wir, daß diese Erklärungen der Anklagevertreter, die man in anderen politischen Prozessen nicht gehört hatte, doch sehr als Verbeugung vor den Angeklagten wirken und Zweifel an der Energie, mit der die Ankage durchgeführt wurde, wecken mußten. Es wurde schon erwähnt, daß alles, was mit dem „Geldkomplex“ zusammenhängt, in der Verhandlung nur oberflächlich gestreift wurde. Die Geldquellen, aus denen die Bewegung gespeist und die Angehörigen der Sturmtrupps besoldet wurden, sind, in öffentlicher Sitzung wenigstens, nicht enthüllt worden, obwohl bei der Schließung der Parteibüros der Behörde doch wohl Schriftstücke in die Hände gefallen sind, die darüber Aufschluß geben können. Umso auffälliger ist es, daß der Bayer. Kurier, — leider erst nach Schluß der Verhandlung — in die Lage kommt, ein Aktenstück zu veröffentlichen, wonach Oberstleutnant Kriebel und andere Angestellte des Kampfbundes Gehälter in Schweizer Franken bezogen haben, deren Höhe die gleichzeitig an Reichsbeamte gewährten Gehälter beträchtlich ü b e r s t i e g. Das würde doch Zweifel rechtfertigen, ob bei einem Teil der Angeklagten die besondere Betonung ihres reinen Idealismus begründet war.

Wir deutschen Juden empfinden genau so, wie unsere Mitbürger anderen Stammes und Glaubens die Not des Vaterlandes; auch wir halten es für einen auf die Dauer unerträglichen Zustand, daß Frankreich innerhalb unserer Grenzen als Eroberer schaltet und die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft hindert, die allein uns befähigen würde, Reparationsleistungen zu betätigen. Aber in nüchternem Tatsachensinn werden die meisten von uns nicht dem Gedanken an eine zur Zeit sicher aussichtslose bewaffnete Erhebung nachhängen, sondern auf andere Methoden sinnen, der Vergewaltigung ein Ende zu bereiten und den friedlichen Wiederaufstieg zu ermöglichen. Von ihm allein ist auch ein Ausgleich der inneren Zwistigkeiten und Nöte zu erwarten, für die Ludendorff und seine Freunde als einziges Heilmittel den Marsch nach Berlin kennen, der notwendig zum schrecklichsten Bürgerkrieg führen müßte.

Uns und alle, die solches glauben, stellt man als schlechte Deutsche, als Feinde des Vaterlandes hin, weil wir nicht wie die Völkischen, an einer bloß ersehnten und erträumten, aber zur Zeit leider nicht vorhandenen Macht und Größe Deutschlands uns berauschen können. Wenn wir nicht, wie die Völkischen, ständig und stündlich vom Vaterland reden und singen, so besagt das nicht, daß uns das Vaterland weniger teuer und heilig wäre. Vielleicht wirkt dabei nur unsere Ehrfurcht vor den zehn Geboten nach: wie sie uns verbieten den Namen Gottes zu mißbrauchen, so widerstrebt es uns auch, aus dem Patriotismus eine Alltagsbeschäftigung zu machen und den g e h e i l i g t e n N a m e n d e s V a t e r l a n d e s eitel zu nennen. Statt dessen wollen wir die Pflicht üben, den berufenen Führern der Nation ihr dornenvolles Amt nicht zu erschweren, sondern in schweigender Unterordnung unter Verfassung und Gesetz zum Besten des Landes zu arbeiten.

Epilog

J. Kopp.

Das Spiel ist aus, geht ruhig heim. Mehr als ein Spiel ist die ganze Geschichte nicht gewesen. Während der ganzen Verhandlung konnte man sich dieses Eindruckes nicht erwehren und das Urteil mit der durch Ludendorffs Auftreten verstärkten Theatralik in der Schlußsitzung hat diesen Eindruck erhöht. Dieses Urteil reiht sich würdig den „Recht“sprechungen der Bayerischen Volksgerichte an und zeigt mit verschärfter Deutlichkeit, daß das Recht in Bayern im wesentlichen gegen die Republik und gegen die Reichsverfassung gilt. Man läßt die Demagogie der Republikfeinde gelten, daß die Reichsverfassung auf Hochverrat beruhe, als ob der Beschluß der Volksmehrheit durch seine gewählten Abgeordneten belanglos wäre. Der Hochverrat vom 8. November 23 und die vielen Verbrechen in seinem Gefolge (Banknotendiebstahl, Freiheitsberaubungen, Einbrüche) bleiben im wesentlichen ungesühnt. Judenhetzer und Demokratenfeinde brauchen Rechtsfolgen ihrer Taten nicht zu fürchten. Besonders reizvoll ist bei dieser Gelegenheit wieder der Eiertanz des Marxistentöters in den Münchner Neuesten Nachrichten. Er schließt seine Betrachtung zum Urteil folgendermaßen: Die Männer vom November 1923 haben für sich nicht den tatsächlichen Erfolg — ja, wir können nicht umhin zu sagen, was sie erstrebten, war unzeitgemäß, war vorzeitig, und mußte deswegen scheitern. Ob in München oder an der Nordgrenze Bayerns — ihr Versuch wäre immer totgelaufen, weil er weder die außenpolitische noch die innenpolitische Lage richtig in Rechnung stellte. Sie verkannten die nationalen Notwendigkeiten und trotz ihres achtenswerten Wollens mußte das Gesetz über sie Herr werden...

Es ist besonders interessant damit zu vergleichen, wie die Urteile gegen die Räteleute im Jahre 1920 im gleichen Blatte kommentiert wurden. Da war gerade die Aussichtslosigkeit des Unternehmens das schwerste Verbrechen und unterschied es prinziell von dem Umsturz — der nach einem bekannten Ausspruch in Wirklichkeit ein Einsturz gewesen ist — 1918, ja geradezu die Ehrenlosigkeit wurde so begründet und diesmal ist der unerhörte Leichtsinn, mit dem das Geschick des deutschen Volkes gefährdet wurde, sozusagen eine liebenswürdige Schwäche. „Die größte Zeitung Süddeutschlands“, läßt sich eine Wiener Stimme melden, die das Urteil billigt. Es wird die einzige im ganzen Ausland gewesen sein, die aufzutreiben war. Wir entnehmen der „Wiener Morgenzeitung“:

Die Fragen sind müßig. Das Recht geht in Bayern seine eigenen unerforschlichen Wege. Das

Volksgericht, das durch eine kniffliche Auslegung über den Termin seiner gesetzlichen Dauern hinaus in Kraft geblieben war, richtet mit Ansehung der Person. Es hat den Mörder Eisners, den Grafen Arco, zu zwei Jahren Ehrenhaft verurteilt, es hat Eisners Sekretär, Fechenbach, der ausländischen Journalisten Mitteilungen über die Geheimverbände gemacht, ins Zuchthaus geschickt und die gleiche Strafe dem Revolutionsdichter Ernst Toller zuteil werden lassen. Hitler, Poehner, Kriebel und Weber dagegen erhalten fünf Jahre Festung mit Einrechnung der Untersuchungshaft, müssen aber von Urteils wegen nur fünf Monate abbüßen. Ob der Prozeß in Deutschland politische Folgen haben wird, mag im Augenblick noch zweifelhaft sein. In Frankreich wird er sie üben und Poincare wird sich seiner freuen. Ludendorff aber kann getrost an der Spitze der Liste der völkischen Freiheitspartei in den Reichstag kandidieren.

Daneben wollen wir unseren Lesern einen kurzen Ausschnitt der Beurteilung durch das „Berliner Tageblatt“ vorlegen:

Die Gerichtsverhandlungen waren, schaut man zurück, auf die Galerie eingestellt. Die Hitler, Ludendorff und Poehner gebärdeten sich wie die Helden auf dem Theater. Die Verteidiger gefielen sich in der Rolle der Chöre, und im Zuschauerraum war eine gefällige Claque hysterischer Weiber und unreifer Burschen. Die Richter ließen sich, statt über den Dingen zu stehen, in die Defensive drängen, und ihr Urteil war schließlich ein Spruch, der nicht vom Recht, sondern von der Politik, das heißt von der Angst diktiert war. Man sieht es förmlich, wie diese Juristen bei der Urteilsfällung geschwitzt haben, wie sie zu einer Entscheidung zu kommen versuchten, die den Angeklagten nicht wehe tun, die aber vor der Öffentlichkeit den Schein eines (subjektiv und objektiv) unbeeinflußten Urteils erwecken sollte. Dasselbe bayerische Volksgericht schickte einen Fechenbach, weil er ein angeblich geheim zu haltendes politisches Telegramm der Presse zugänglich gemacht hatte, auf zwölf Jahre ins Zuchthaus. Diese Hochverräter aber, die den Staat umstürzen und die Nation innen- und außenpolitisch an den Rand des Verderbens führen wollten, gehen so gut wie frei und unbehelligt aus. Wo ist da noch Gerechtigkeit? Wo kann man da noch von Recht und Rechtsprechung reden? Bayern hat eine Ära der kommunistischen Diktatur und eine Ära verschleierter völkischer Diktatur durchgemacht. Die verantwortlichen Staatsorgane, vornehmlich der Generalstaatskommissar, haben das völkische Treiben geduldet und bis heute nicht gewagt, mit starkem Willen einen Strich darunter zu ziehen. Im Gegenteil. Das Gericht hat nun den Hochverrätern durch sein „salomonisches“ Urteil einen Freipaß für weitere Hochverrätereien gegeben. Bayern hat mit dem gestrigen Tage aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein. Man kann nur hoffen, daß die unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlen neue und geordnetere Verhältnisse schaffen werden, und man darf erwarten, daß nach der Aufhebung der Volksgerichte und nach der Wiedereinsetzung der ordentlichen Gerichte auch in der bayerischen Justiz diejenigen Rechtsgrundsätze und Rechtsanschauungen wieder Platz greifen werden, die der deutschen Rechtspflege bisher allgemein eigen waren.

Das Recht dient wieder einmal der Macht und es besteht besonders für uns Juden aller Grund, der weiteren Entwicklung in Bayern mit Sorge gegenüber zu stehen, nachdem die Männer, deren Leitmotiv der Judenhaß mit allen seinen Gesetzlosigkeiten ist, zu den edelsten des deutschen Volkes gestempelt werden.

Bemerkungen

Vor den Wahlen.

Die Wahlen, deren Auftakt die große Propagandaveranstaltung gegen die Repulik in der Münchner Infanterieschule bildete, werden wieder und im verstärkten Maße auf Kosten der Juden gemacht. Es ist ein vergebliches Bemühen, auch nur zu versuchen, sich mit den Judenhetzern und ihren Argumenten auseinander zu setzen. Sie leben von ihrer üppigen Phantasie, von Lügenprodukten, die zu widerlegen nötig macht, daß man sie ernst nimmt und das ist beim besten Willen nicht möglich. Man kann auch nicht annehmen, daß die völkischen Agitatoren selbst auch nur einen Bruchteil von den Märchen glauben, die sie verbreiten, angefangen von den „Weisen von Zion“, die längst als Fälschung entlarvt sind, was die „Wahrheitsliebe“ der Völkischen nicht hindert, sie weiter zu benützen, bis zu den persönlich fabrizierten Lügen der einzelnen Agitatoren. Aber sie erfüllen ihren Zweck, das deutsche Volk irre zu führen und die einzig mögliche Basis zu seiner gegenwärtigen Existenz, die deutsche Republik zu zerstören. Die Völkischen, die Deutschland durch die Überspannung ihrer Kriegsforderung in das gegenwärtige Unglück gestürzt haben, hätten den Antisemitismus erfinden müssen, wenn er ihnen nicht schon vorher geläufig gewesen wäre. Ohne den Dunst der Judenhetze, mit dem sie die Köpfe verwirren, wäre es undenkbar, daß ein Mann wie Ludendorff versuchen könnte, sich an die Spitze einer großen politischen Bewegung zu stellen, daß die Deutschnationalen die öffentliche Meinung Deutschlands in dem Maße beherrschen können, wie dies leider der Fall ist. Die Judenhetze war seit Kriegsende und schon vorher — Judenzählung — das Mittel, mit dem die Reaktion die öffentliche Meinung bearbeitet und zum erheblichen Teil für sich gewonnen hat; sie war der Sturmbock gegen Demokratie und Republik. Es wird sich aufs schwerste rächen, daß die demokratischen Parteien diese Taktik und ihre Gefahr nicht genügend erkannten und erkennen wollten und aus Angst vor der Bezeichnung „Judenschutztruppe“ die Judenhetzer gewähren ließen. Wenn da und dort von linksstehender Seite schwächliche Proteste gegen die Judenhetze erfolgten, so wurde auch auf dieser Seite fast regelmäßig der Schwindel der Ostjudenhetze akzeptiert, wie neulich auf der Versammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in Berlin. Zu feige oder zu unwissend, dem jüdischen Problem ernstlich auf den Grund zu gehen, entschließt man sich leicht den Reaktionären die Schwächsten der Schutzlosen, die Ostjuden, zu opfern, denen man über die allgemeinen judenhetzerischen Märchen die widersinnigsten Dinge andichtet. Die Deutschvölkischen tun sich leicht. Sie schaffen ein Bild von allem Bösen und Üblen, das ihre Phantasie ersinnen kann und sie zeigen da eigentlich recht ihren Geist. Dieses Bild nennen sie Juden und mit diesem Popanz erschrecken sie das Volk. Ihr wirkliches politisches Programm ist mager und wenn man sie auf dessen Hauptpunkt, die „Zerreißung des Vertrags von Versailles“, festhält und um Aufschluß verlangt, w i e das unter den bestehenden Machtverhältnissen geschehen soll, dann erfolgt ein verlegenes Stottern, wenn nich etwa Redensarten, wie „besser ruhmvoll sterben als ruhmlos leben“ und die Bereitschaft, mit Regenschirmen gegen die Franzosen zu ziehen, wie sie ein Völkischer dem Schreiber dieser Zeilen neulich ernstlich erklärte. Die Judenhetze ist das Mittel und die Beherrschung des deutschen Volkes, das zum zweitenmal in unabsehbares Unglück gestürzt zu werden droht, ist der Zweck, Deutschland der Leid-

tragende dieses ungeheuerlichen politischen Ränkespiels.

Die Meister der Würdelosigkeit.

Der Berliner „M. M." entnimmt einem im Stahlhelmbund verbreiteten Geheimzirkular des Deutschvölkischen Major a. D. Anker:

„Daß ich der Einladung der Vorstandes „nationalgesinnten Juden" zu ihrer Versammlung am 28. Januar überhaupt gefolgt bin, war von mir, ebenso wie jedes Wort meiner kurzen Rede dort (13 Minuten) genau überlegt. Ich ging hin in der Absicht, nach Möglichkeit ein scharfes Aufeinanderplatzen der nationalen Juden mit ihren nichtnationalen Rassegenossen herbeizuführen. Die Hauptrede des „nationaljüdischen" Herrn Dr. Naumann, so scharf national sie auch gehalten war, war nicht ohne weiteres geeignet, eine radikale Spaltung herbeizuführen. Als ich nun nach ihm als erster das Wort erhielt, trieb ich Naumanns Ausführungen in streng logischem Gedankenaufbau, gewissermaßen in die letzten Konsequenzen und erreichte damit, was ich wollte.

Schon die Reden der nach mir sprechenden nichtnationalen Juden (Zionist Klee, Oskar Cohn usw.), die vorwiegend in wütenden Ausfällen gegen mich bestanden, zeigten deutlich, wie höchst unangenehm allen nichtnationalen Juden mein Erscheinen und Reden war. So sagte z. B. Cohn: „Da sehen Sie, wie der reaktionäre, völkisch-monarchistische Herr Anker sofort Naumanns Erklärungen und Zugeständnisse ausnutzt."

Als Cohn dann in seiner, alle Überlegung vergessenden Wut sagte, man solle doch recht reiflich überlegen, ob das sogenannte Deutschtum, wie Herr Anker es wolle, wert sei, daß Juden ihr Blut dafür ließen, entstand unter den nationaldeutschen Juden ein rasender Tumult: „Schuft, Lump, bezahlter Moskowiter!" riefen sie Cohn zu und gingen ihm auch tätlich zu Leibe, wogegen ihn seine Anhänger nur mühsam schützten, bis er dann aus dem Saal gewiesen und gewaltsam entfernt wurde.

Ob bei allen sogenannten nationalen Juden dieser Zorn echt war, oder ob es teilweise nur geschah, weil sie sich vorher mit ihrem s t ü r m i s c h e n B e i f a l l z u m e i n e r R e d e f e s t g e l e g t hatten, lasse ich dahingestellt. Zumal gerade die letztere Annahme den Erfolg meiner Taktik nur noch besonders unterstreichen würde.

Mir scheint auf jeden Fall ein bemerkenswerter nationaler Erfolg an jenem Abend festzustehen. Nicht als ob die paar wirklich nationalen Juden positiv viel bedeuten. Aber Zwiespalt, offene Meuterei im jüdischen Lager habe ich erzielt und das ist meines Erachtens von nicht zu unterschätzender Bedeutung im nationalen Sinne, denn es bedeutet immerhin eine Schwächung der feindlichen Front."

Dazu sagt der „M. M.":

Die deutschnationalen Juden sollen mithelfen, s ä m t l i c h e d e u t s c h e n J u d e n z u S t a a t s b ü r g e r n z w e i t e n Grades zu degradieren. — Das würden die „nationaldeutschen Juden" vielleicht auch ganz gerne bewußt tun, wenn nur etwa sie selbst, die einzigen „Patentpatrioten" unter den Juden, als die sie sich selbst ansehen, gleichberechtigt werden könnten. Etwa durch Mitgliedschaft bei den Deutschnationalen, die nach bestandener Prüfung im Dauer-Stiefellecken zu gewähren wäre. Die „nationaldeutschen Juden" selbst bemühen sich ja seit ihrem Vorhandensein krampfhaft, den Deutschvölkischen sich würdig zu erweisen, indem sie die anderen Juden als unpatriotisch denunzieren.

Mögen sie aufhören ihre Hände in jüdische Angelegenheiten zu stecken. Die gehen sie nichts an. Sie wollen als Juden verschwinden, sich in nichts von den anderen unterscheiden. Nun gut, mögen sie sich endlich taufen lassen und sich mäuschenstill verhalten, daß man ihre Existenz nicht merkt. Das ist schließlich bei ihrer Einstellung der einzig konsequente Weg und weit weniger würdelos als ihre gegenwärtige Belästigung der Öffentlichkeit mit ihrer Stellungnahme zu jüdischen Dingen, die ihnen doch weltfremd sind. Sie möchten gerne, daß das Judentum verschwinde. Mögen sie den Anfang machen — und beweisen, daß es geht.

Es liegt durchaus in der Linie der nationaldeutschen Juden, daß sie gelegentlich des Verbots unseres Blattes die Öffentlichkeit mit Erklärungen belästigten, in denen sie von uns abrückten. Das war unnötig. Ihre Haltung hat vom ersten Augenblick an gezeigt, daß sie mit uns nichts zu tun haben könnten und wir selbst haben dies mit schärfster Deutlichkeit dargetan. Es liegt an dem ihrer ganzen Art gemäßen Feingefühl, wenn das die „Nationaldeutschen" nicht genügend gemerkt haben. Wir würden die Vermutung der entferntesten Beziehungen unseres Blattes zu ihnen als schwersten Makel empfinden. Es gibt aber keinen Menschen, der bei uns Beziehungen mit Judenfeinden vermuten könne. Die Herren mögen sich beruhigen. Daran denkt wirklich kein Mensch.

Daß die „Nationaldeutschen" nicht umhin konnten, ihre Genugtuung über die Ostjudenausweisung, dieser ganz offensichtlichen antisemitischen Maßnahme, von sich zu geben, ist nicht weiter erstaunlich. Unklar ist nur, was sie all diese Dinge überhaupt angehen. Sie lehnen die jüdische Gemeinschaft ab, nun gut, wir bewußten Juden wünschen i h r e Gemeinschaft sicher nicht.

Seelenstärkung.

Es ist eine traurige Tatsache, daß die Judenhetze bei den Juden selbst die größten Verheerungen anrichtet. Wie die Wirkung der judenhetzerischen Lügen allgemein darauf beruht, daß etwas schließlich immer geglaubt wird — darum lügt man so skrupellos, damit die Wirkung ausreicht, wenn nur etwas hängen bleibt — so vergiftet sie selbst die jüdischen Seelen und allzuviele Juden meinen schließlich, daß etwas an den Vorwürfen daran sein müßte, begegnen ihren eigenen Stammesgenossen mit Mißtrauen und Abneigung, s c h ä m e n s i c h ihres J u d e n t u m s, sind hochbefriedigt, wenn ihnen ein Antisemit etwa sagt: „Ja, wenn alle Juden so wären, wie Sie!" Besonders die wohlhabendsten „angesehensten" Juden suchen sich von jeder jüdischen Gemeinschaft fernzuhalten, obwohl Besitz und soziale Stellung ihnen der Gemeinschaft gegenüber besondere Pflichten auferlegen — zumal sie es sind, die wenigen reichen, weithin bekannten und sichtbaren, gegen die sich der Judenhaß besonders richtet, wenn sie es auch nicht unmittelbar zu spüren bekommen.

Hier liegt die große historische Schuld der Assimilation, daß sie die Juden vom Nährboden der jüdischen Gemeinschaft losgelöst hat, ihnen durch falsche Bildungsideale den Besitz an jüdischem Wissen und damit den berechtigten Stolz auf die großen geistigen, kulturellen Leistungen des jüdischen Volkes genommen hat. Völlig ohne Besitz an jüdischen Kenntnissen und jüdischen Zusammenhängen ist die gegenwärtige unter der Herrschaft der Assimilation herangewachsene jüdische Generation dem feindlichen Ansturm der Judenhetze ausgeliefert, dem sie hilf- und ratlos gegenübersteht. Sie sucht Rettung in kleinen Pal-

liativmittelchen: durch Apologie... und in den Vorzimmern der selbst oft feindseligen Behörden, deren Schutz gesucht wird. Die dringendste und wesentlichste Aufgabe ist von den jüdischen Führern und Parteien im Abwehrkampf — vor allem vom Centralverein — völlig vergessen worden. Den Juden die Seele zu stärken. Weit wichtiger als alles andere, ist dies. Dazu ist nötig: Kenntnis vom Judentum — und lebendige Zusammenhänge mit der gesamten jüdischen Gemeinschaft. Die Organisation im Judentum, die durch Wiedererweckung des jüdischen Selbstbewußtseins als einzige wirklich Entscheidendes geleistet hat, wird vom C.V. im Abwehrkampf abgelehnt. Das Jüdische Echo sieht es als seine Hauptaufgabe an, durch regelmäßige Information über die Vorgänge in der jüdischen Welt seinen Lesern die Zusammenhänge zu geben, die bitter not tun. Wir bitten alle unsere Freunde und Mitarbeiter, uns dabei noch lebhafter zu unterstützen als seither.

Industriellen-Verband.

Der Leiter des Industriellenverbandes hat eine stramme antisemitische Wahlrede gehalten, oder besser gesagt, antisemitisch mit einigen Vorbehalten, die noch übler und schlimmer wirken, wie klare Judenfeindschaft.

Was sagen die zahlreichen jüdischen Mitglieder des Industriellenverbandes dazu? Welche Sicherheiten haben dieselben gefordert und erhalten, daß ihre Wahlfondsbeiträge nicht unmittelbar ihren schlimmsten Feinden zukommen?

Echo-Verbot

München, den 31. Dezember 1923.

Generalstaatskommissar
R/ Nr. 5823.

Anordnung.

Auf Grund der Verordnung des Bayer. Gesamtstaatsministeriums vom 26. Sept. 1923 (Staatszeitung Nr. 224) wird das Erscheinen der Zeitschrift „Das jüdische Echo“ wegen der verlogenen Hetze gegen die Bayer. Regierung in der Nr. 49 mit sofortiger Wirksamkeit bis auf weiteres verboten.

Unter das Verbot fällt auch jede andere Zeitung, die sich sachlich als Fortsetzung oder als Ersatz der verbotenen darstellt.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft.

gez.: Dr. v. Kahr.

Beschwerde gegen das Verbot

„Das Jüdische Echo“ ist das einzige in München erscheinende Blatt, das jüdische Angelegenheiten vom jüdischen Standpunkte aus bespricht. Da sich die von der Bayerischen Regierung seit einigen Monaten verfügten Ausweisungen nach Zahl und Auswahl der Betroffenen als eine vorwiegend gegen Juden gerichtete Maßnahme darstellten, war es Pflicht des „Jüdischen Echo“, diese Maßnahme zu bekämpfen. Daß diese Bekämpfung von dem Streben nach Sachlichkeit geleitet war, beweist unter anderem der in Nr. 48 S. 494 erschienene Artikel, betitelt: „Die Tatsachen“. In diesem Artikel wurden zahlreiche Fälle von Ausweisungen im Detail mit den Personalangaben unter Anführung der amtlichen Begründung veröffentlicht. Eine Beanstandung der Richtigkeit der Wiedergabe ist nicht erfolgt und wäre offenbar auch nicht gerechtfertigt. Die Anordnung vom 31. Dezember 1923 ist vielmehr lediglich auf den in Nr. 49 des „Jüdischen Echo“ erschienenen Artikel: „Die bedenklichen ostjüdischen Elemente“ gestützt, und zwar in der ungewöhnlichen Form, der Artikel enthalte eine „verlogene Hetze gegen die Bayerische Regierung“. In einer halbamtlichen Mitteilung der „Bayer. Staatszeitung“ vom 31. XII. 23 wird dieser Vorwurf näher erläutert. Weder die amtliche noch die halbamtliche Begründung des erlassenen Verbotes wird dem sachlichen Inhalt und der Absicht des beanstandeten Artikels gerecht. In diesem wird zwar betont, daß der Redaktion „ein äußerst umfangreiches Material bekannt sei“, aber mit keinem Wort behauptet, daß dieselbe lückenlose Kenntnis sämtlicher ergangenen Ausweisungsbefehle besitze. Durch die Formulierung, daß „kaum in einem Falle ernstliche Vergehen, geschweige denn wirklich kriminelle Straftaten“ nach Kenntnis der Redaktion von den Behörden haben angeführt werden können, ist aufs deutlichste zum Ausdruck gebracht, daß es sich lediglich um ein Urteil auf Grund des bekanntgewordenen umfangreichen Materials handelt. Die in der halbamtlichen Feststellung im „Bayer. Staatsanzeiger“ aufgeführten drei oder vier Fälle waren der Redaktion des „Jüdischen Echo“ nicht bekannt. Zudem wird in dem beanstandeten Artikel ausdrücklich darauf verwiesen, daß „in den letzten Jahren jeder ausländische Jude, der eine irgend nennenswerte Straftat beging, im Zusammenhang damit sofort ausgewiesen wurde“. Bei der großen Anzahl der verfügten Ausweisungen würden übrigens vier Fälle der halbamtlichen Mitteilung eine derart verschwindende Ausnahme darstellen, daß der Vorwurf „verlogener Hetze“ selbst dann nicht zutreffen würde, wenn die Redaktion diese Fälle gekannt hätte.

Auch der Vorwurf, das „Jüdische Echo“ habe, wie die an den Leitartikel in Nr. 49 anschließenden Meldungen über die angebliche Wirkung der Ausweisungen im Auslande beweisen, letzteres scharf zu machen gesucht, ist unbegründet. Um vor Klärung der ganzen Angelegenheit der erforderlichen Stellungnahme enthoben zu sein, hat das „Jüdische Echo“ vom 19. Oktober 1923 bis 30. November 1923 sein Erscheinen eingestellt. Selbstverständlich durfte es das „Jüdische Echo“ nach seinem Wiedererscheinen nicht unterlassen, seinen Leserkreis darüber zu unterrichten, wie die von der Bayerischen Regierung verfügten Maßnahmen im Auslande beurteilt werden. Es hat diese Meldungen ausnahmslos unter genauer Quellenangabe gebracht. Zum Teil waren sie dem W.T.B. entnommen. Das „Jüdische Echo“ hat es sogar mit voller Absicht unterlassen, die Aufsehen erregenden Mitteilungen wiederzugeben, welche die Telegraphenagentur „Ita“ auf Grund von Informationen der Bayerischen amtlichen Pressestelle über die weiteren Ausweisungsabsichten der Bayerischen Regierung veröffentlichte und die geeignet waren, auch im Auslande das größte Aufsehen hervorzurufen. Das erlassene Verbot stellt nach dem Dargelegten eine ebenso harte wie unverdiente Maßregel dar. Seine Aufrechterhaltung wäre für den Verlag, der möglicherweise zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassung gezwungen wäre, bei längerer Aufrechterhaltung mit schweren wirtschaftlichen Einbußen verknüpft. Namentlich aber wären die Leser des „Jüdischen Echo“ in einer Zeit, wo sie durch publizistische Angriffe von antisemitischer Seite zur Abwehr gezwungen werden, ihres einzigen, am Ort erscheinenden Blattes beraubt.

Ablehnung

München, den 9. I. 1924.
Maximilianstr. 14.

Betreff:
Verbot des „Jüdischen Echo".
Zum Schreiben vom 7. I. 1924.

Bei der Anordnung vom 31. 12. 23 muß es sein Bewenden haben.

Aufhebung

München, den 12. März 1924.
Mitteilung der Polizeidirektion.
Betreff: Erscheinungsverbot.

Auf Anordnung des Staatsministeriums des Innern wird das Verbot der Zeitschrift „Das Jüdische Echo" mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben.

* * *

Wir halten uns für verpflichtet, unseren Lesern den Wortlaut des Erscheinungsverbotes und unserer dagegen erhobenen Beschwerde zur Kenntnis zu bringen. Unsere Leser welche die beanstandeten Artikel kennen, werden mit uns der Meinnug sein, daß der Vorwurf der „verlogenen Hetze" jeder Berechtigung entbehrte.

Das Jüdische Echo wird weiterhin seinen Aufgaben dienen: die jüdischen Interessen gegen Unrecht nud Anfeindung vertreten, wozu ja die in München und Bayern unter liebevoller Pflege behördlicher Stellen (siehe Aussagen Frick im Hitlerprozeß) so üppig entwickelte Judenhetze leider allzu viel Anlaß bietet. Daß das Jüdische Echo hierbei im Gegensatz zu der geforderten oder geduldeten Hetze stets absolut sachlich und wahrheitsgemäß bleibt, ist allen, die die bisherigen zehn Jahrgänge des Jüdischen Echo kennen, zweifelsfrei.

Völkischer Geist

Müller-Hausen freigesprochen
Der Fries an der Rathenau-Villa

Berlin. Vor dem Berliner Landgericht erschien gestern der antisemitische Publizist und Agitator v. Müller-Hausen, der in seinem Buche „Die Weisen von Zion" behauptet hat, der verstorbene Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Emil Rathenau, der Vater von Walter Rathenau, habe, als er sich sein Haus in Berlin in der Viktoriastraße erbauen ließ, an dieses Haus einen Fries mit sechzig abgeschnittenen Königsköpfen anbringen lassen. Diese Behauptung ist längst als unsinnig widerlegt. Der Bildhauer, der den Fries gemeißelt hat, hat erklärt, diese Behauptung sei nur als pathologische Dummheit oder als Infamie zu bezeichnen. Auch die Sachverständigen, die heute vor dem Gericht auftraten, erklärten es für unbegreiflich, wie man zu einer solchen Auffassung der Friesdekoration kommen könne. Der Staatsanwalt beantragte wegen des hohen Alters des Angeklagten eine Geldstrafe, und zwar die Höchststrafe von 900 Mark. Das Gericht gelangte nach längerer Beratung zu einer Freisprechung des Angeklagten.

In der Urteilsbegründung heißt es: Für einen unbefangenen Beobachter sei es klar, daß es sich bei dem Fries nicht um abgeschnittene Fürstenköpfe gehandelt haben könnte. Das Gericht hat sich jedoch in den **Geisteszustand** des Angeklagten versetzen müssen und habe geprüft, ob er einer unbefangenen Beobachtung fähig sei. Das habe das Gericht verneint. Denn der Angeklagte sei ein völlig einseitiger Politiker, der womöglich noch heute der Ansicht sei, daß der Fries tatsächlich aus abgeschnittenen Fürstenköpfen bestehe und somit eine Verhöhnung des monarchischen Gedankens darstelle.

Dieser Freispruch und seine Begründung eröffnet die reizvollsten Perspektiven auf die Weiterentwicklung der absolut objektiven deutschen Rechtsprechung, wenn sich die Gerichte etwa ebenso liebevoll in den „Geisteszustand" von Mördern und Dieben versenken werden.

Der Überfall auf Kommerzienrat Fränkel
Weber verurteilt

Das Schöffengericht in München verhandelte gegen den Nationalsozialisten Christian Weber wegen seiner Beteiligung an dem Überfall auf den Kommerzienrat Fränkel und dessen Angehörige. Weber hatte sich bei der Verhandlung gegen die übrigen Beschuldigten wegen Krankheit entschuldigt.

Jetzt brachte er zu seiner Rechtfertigung vor, er sei durch Äußerungen des jungen Fränkel gereizt worden. Als diese Verteidigung durch die Beweiserhebungen widerlegt wurde, beantragte Weber, ihn ärztlich auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, denn er habe eine derartige Idiosynkrasie gegen Juden, daß er sofort, wenn er einem Juden begegne, ihn niederschlagen müsse. Das Gericht hatte für diese „Krankheitserscheinung" nichts übrig und verurteilte Weber zu einer Gefängnisstrafe von 16 Tagen. (Ob er sie verbüßen wird?)

Verurteilte Hitler-Kumpane
Wie Hitlers Regierung begann

München. Am 9. November, also am Tage nach dem Hitler-Putsch, drangen um 4 Uhr früh gemeinschaftlich der Mechaniker Johann Weinzirl und der Assistent Johann Tröger mit weiteren zwei Tätern, ausgerüstet mit Gewehren und Pistolen, in die Wohnung eines Direktors und verlangten unter Androhung von Waffengewalt die Herausgabe von Devisen und Waffen. Gleichzeitig erklärten sie, daß sie im Auftrage der neuen Regierung Hitler die Räume zu untersuchen hätten. Beide hatten sich heute vor dem Volksgericht wegen Verbrechens des Raubes zu verantworten. Das Gericht veruteilte Weinzirl zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, Tröger zu einer Geldstrafe von 100 Goldmark.

Etwa nach 11 Uhr nachts, nach Beendigung der Versammlung im Bürgerbräukeller, sammelte sich in der Neuhauserstraße eine aus Anhängern Hitlers bestehende Menschenmenge an, in der sich auch der Kaufmann Erich Hübner befand. Sie marschierten zum Cafe Fürstenhof. Hübner drang mit einigen Genossen ins Lokal und schrie: „Juden hinaus!" Sodann marschierten sie zum sozialdemokratischen Abgeordneten Auer, der jedoch nicht in seiner Wohnung war. Hübner drang mit seinem Gefolge in die Wohnung des Kaufmannes Max Löwenthal und dann in die Wohnung des Kaufmannes Bernhard Löwenstein ein. Das Volksgericht verurteilte wegen Landfriedensbruches und groben Hausfriedensbruches Hübner zu sieben, Deiß zu drei Monaten Gefängnis.

Ruge in Morduntersuchung
Wegen der Ermordung des Feldwebels Samson

Berlin. Das Verfahren gegen den früheren Offizier des Freikorps „Oberland", den jüdischen Handlungsgehilfen Baer, wegen der im Walde von Ziegenhals erfolgten Ermordung des Feldwebels Samson, ist, wie JTA. aus Neisse in

Schlesien berichtet, noch immer nicht abgeschlossen. Bekanntlich hat das Femgericht des Bundes „Oberland“ Samson zum Tode verurteilt und Baer wurde ausersehen, mit Hilfe einiger anderer Mitglieder des Oberlandbundes das Femurteil zu vollstrecken. Später sollte Baer selbst, da man ihn „jüdischen Verrats“ bezichtigte, auf Grund eines Femurteils erschossen werden. Auf dem Wege zur Richtstätte wurde er von Gendarmen befreit und legte ein Geständnis über die „Hinrichtung“ Samsons ab. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß in die Mordaffäre auch der berüchtigte antisemitische Heidelberger Privatdozent Ruge verwickelt ist; das Verfahren wurde daher auf Ruge, ferner auf den Kompagnieführer Baers, den Hauptmann Kiefer, sowie eine Reihe von anderen Mitgliedern des Oberlandbundes ausgedehnt.

Dr. Weizmanns Apell

Dr. Weizmanns Appell für den Keren Hajessod.

Dr. Weizmann hat an die amerikanische Judenheit einen Aufruf erlassen, — der aber ebenso gut die Juden in allen anderen Ländern angeht — die energischsten Anstrengungen für den Keren Hajessod zu machen. Der Aufruf lautet:

„Nie ist die Lage des jüdischen Volkes in Ost- und Zentraleuropa kritischer gewesen als heute. Hunderte, Tausende von Männern, Frauen und Kindern sind aus ihrem Heimatboden entwurzelt worden — ein großes Heer von Flüchtlingen, denen jede zu Frieden und Sicherheit führende Türe verschlossen ist. Die beschränkte Immigration sperrt ihnen den Weg zu Sicherheit und Freiheit, selbst in Amerika.

Wo sollen sie eine Heimstätte finden? Nur in Palästina, das einzige von allen Ländern der Welt, das ihnen jetzt Gelegenheit gibt, sich wieder ein Leben aufzubauen und damit das Land aufzubauen. Zehntausende jüdischer Familien, die von der Jahrhunderte alten Sehnsucht, in das Land der Väter zurückzukehren, verzehrt werden, warten nur auf das Wort, gehen zu dürfen, und auf den nötigen Beistand, der ihnen die Fahrt ermöglicht.

In den letzten drei Jahren sind über 30 000 jüdische Immigranten in Palästina angesiedelt worden. Ob diese Zahl in den kommenden paar Jahren verdoppelt oder verdreifacht wird, das hängt großenteils von den Geldern ab, die für die konstruktiven Unternehmungen beigestellt werden, welche zu ihrer Einlebung im Lande erforderlich sind.

Seit mehreren Jahren habe ich den Vorzug, gemeinsam mit euch an dem großen Unternehmen des jüdischen Volkes, an dem Aufbau Palästinas, zu arbeiten. Aus dem Jahr, das wir jetzt hinter uns haben — einem Jahr voll von Gerüchten und Prophezeiungen, von Kämpfen und Konflikten innerer und äußerer Natur —, ragt eine Tatsache strahlend und unerschütterlich fest hervor — unsere praktischen Leistungen in Palästina.

85 jüdische landwirtschaftliche Kolonien, nach bewährten wissenschaftlichen Richtlinien angelegt, liegen jetzt auf dem Land von Dan bis Berseba. Moderne Vorstädte, neue Geschäftsviertel, Hunderte von Häusern sind erbaut worden, und aus der ehemals unfruchtbaren Sandwüste bei Jaffa ist die aufblühende Stadt Tel Awiw mit einer 20 000köpfigen Bevölkerung erstanden. Die Wasser des Jordan sollen gezügelt werden, um der künftigen industriellen Entwicklung Palästinas elektrische Kraft zu liefern. Medizinische und sanitäre Arbeit zur Sicherstellung der Gesundheit in Palästina wird in 17 Spitälern, Polykliniken, Armee-Apotheken und Laboratorien geleistet, in welchen während der vergangenen zwei Jahre über eine Million Fälle — Araber, Christen und Juden — zur Behandlung kamen. Ein ganzes System eines hebräischen Schulwesens ist eingerichtet worden — 131 Schulen mit 12 456 Schülern, einschließlich Handels- und Berufsschulen, die den Hauptzweck haben, die heranwachsende Generation zur praktischen Arbeit für den Aufbau des Landes heranzubilden. Die ersten Gebäude der Hebräischen Universität auf dem Ölberg sind nunmehr erbaut, und das alte Hebräisch lebt wieder als Umgangssprache des jüdischen Volkes.

Diese ökonomischen Leistungen — Kolonien, Schulen, Einwanderung, medizinische Institutionen usw. — bilden den besten Maßstab und die Garantie für unseren endgültigen Erfolg. Noch mehr, neue Massen, besonders in Amerika, schließen sich unseren Reihen an und bringen denen, die all die vielen Jahre hindurch das Banner des Zion-Aufbaus emporgehalten haben, neuen Kräftezufluß.

Ermutigt durch diese neuen Kräfte, beherzt durch den steten Fortschritt, der sich in unserer Arbeit in Palästina zeigt, inspiriert vor allem durch die Größe unserer Sache, laßt uns in diesem Moment, frei und ohne Geiz an unserer Zeit, unseren Mitteln und unserem Selbst, intensive Anstrengungen machen. Wieder ist uns das Banner unserer großen Sache in unsere Hände gegeben. Haltet es fest mit Mut und Ergebenheit! Tretet in das Arbeiterheer nur ein, das allein die bevorstehende Kampagne zum Erfolg führen kann!

(Ziko.)

Eduard Bernstein für den Zionismus

In einer am 10. ds. in Leipzig stattgefundenen öffentlichen Kundgebung für das arbeitende Erez Israel sprach der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein über die jüdische Frage und den Nationalismus. Er erzählte aus seinen Kindheitserinnerungen, wie er, der Sohn eines Lokomotivführers, von dem damals im Anfangsstadium der Entwicklung stehenden Eisenbahnwesen als vom Erlöser der Menschheit träumte. Er hoffte, daß dieses neue Kommunikationsmittel, den Raum überwindend, die Völker einander näher bringen, sie einander verstehen lehren und so den ewigen Frieden der Menschheit geben wird. Wie diese Jugendphantasien enttäuscht wurden, zeigt am besten die Lage, in der sich die Menschheit jetzt befindet. Zerklüftet, gespalten in sich feindlich gegenüber stehenden Lagern, zerfleischen die Völker einander. In Strömen von Blut watend, marschiert die Reaktion und als ihr treuer Begleiter folgt ihr auf Schritt und Tritt der schwarze Schatten des Antisemitimus.

Er selbst habe lange die einzig mögliche Lösung der Judenfrage in der Assimilation gesehen und sei überzeugt gewesen, daß mit dem Verschwinden des Kapitalismus auch die Judenfrage ihr Ende finden werde. In der letzten Zeit habe er sich jedoch überzeugt, daß auch Karl Marx in dieser Frage geirrt habe. Die neuen Erscheinungen im jüdischen Leben zwingen alle, die ehrlich genug sind sich das einzugestehen, zur Änderung ihrer Stellung.

Der Nationalismus hat zwei Gesichter: er offenbart sich entweder progressiv, nach Vervollkommnung vorwärts strebend, oder er entpuppt sich als ein reaktionäres Bestreben, das die Ent-

wicklung seines Volkes in Gegensatz stellt zum Aufstieg der anderen. Als die zionistische Bewegung auf ihrer ersten Etappe mit dem Traume von einem jüdischen Reiche ins Leben trat, da habe er sie als reaktionär und rückschrittlich gewertet. Anders jetzt, wo im Brennpunkte der Bewegung die palästinensische Arbeiterschaft steht. Diese verbindet ihre nationalen Erfolge mit den internationalen Bestrebungen und schmiedet so ein starkes Glied in die Kette der Menschheit.

Er, Bernstein, selbst könne kein Zionist sein, da er in einem zu sehr assimilierten Kreise lebte. Aber ihm sei das warme Licht nahe, das von dieser Bewegung ausstrahlt, und er anerkenne voll und ganz ihren hohen ethischen Wert. In der Zeit der Beschränkung der Horizonte, der Eintrocknung der Ideale und des überwuchernden Nationalismus, der sich in der Form des Chauvinismus austobt — müssen alle eine Bewegung, die den Stempel der Gerechtigkeit trägt, von Herzen begrüßen. Es ist die heiligste Pflicht aller, eine Bewegung zu unterstützen, deren Streben es ist, aus einem Maklervolke ein Arbeitervolk innerhalb einer auf Gleichheit und Gerechtigkeit basierenden Welt zu machen.

Palästina-Nachrichten

„König Hussein hat kein Interesse an Palästina"

Über Sir Herbert Samuels Besuch bei König Hussein in Amman schreibt der „Manchester Guardian":

„Politisches scheint sehr wenig diskutiert worden zu sein, und tatsächlich hat die palästinensische Regierung schwerlich die Macht und noch weniger den Wunsch, sich mit König Hussein in längere Verhandlungen über politische Fragen einzulassen. Es scheint, daß das Colonial Office eine dahingehende Entscheidung erreicht hat, daß Transjordanien unter den Einfluß Palästinas gestellt wird, wodurch der britische Vertreter in Amman Beamter der palästinensischen Regierung würde und dem High Commissioner von Palästina unterstellt würde. Es wird verstanden, daß dieses Arrangement den Anlaß zur Resignation Mr. Philbys, des britischen Vertreters in Amman, bildete. Mr. Philby ist ein Gegner aller Mandate über arabische Territorien und verlangt auf jeden Fall, daß der britische Vertreter in Amman nur dem Staatssekretär der Kolonien direkt verantwortlich ist."

Das Blatt fährt weiter fort: „Es ist klar, daß König Hussein kein besonderes Interesse an Palästina nimmt, und daß er, wenn die Parteiführer in Palästina es ihm nur erlauben würden, sich beeilen würde, in dieser Beziehung allen Wünschen der britischen Regierung entgegenzukommen." (Ziko.)

Der Papst anerkennt das Palästina-Mandat

Jerusalem. (JTA.) In einem Interview mit einem Vertreter der Palästinensischen Telegraphen-Agentur äußerte sich der Bischof von Westminster, Kardinal Bourne, über die gegen ihn in dem „Katholischen Herold" gerichteten Angriffe, in denen es unter anderem hieß, Kardinal Bourne „verfolge eine chauvinistische Politik, um die britischen Interessen im heiligen Land mit aller Kraft zu befestigen". Der Kardinal versicherte, er habe keinerlei politische Mission in Palästina zu erfüllen.

Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte Kardinal Bourne, der eben aus Rom kommt, der Papst anerkenne das Mandat Großbritanniens über Palästina, da er glaubt, Großbritannien werde das Mandat in gerechter Weise ausüben. Die Lage in Palästina, fuhr er fort, hat sich seit 1919 außerordentlich verbessert. Er glaube an eine arabisch-jüdische Verständigung auf Grund des Mandats und meint, die Errichtung eines jüdischen Nationalheimes in Palästina sei sehr wohl möglich, wenn alle Beteiligten vernünftig handeln und die „extremen Zionisten" nicht die Oberhand gewinnen.

Felix Warburgs Befriedigung über die Fortschritte in Palästina

Felix Warburg, Präsident des Joint Distribution Committee, der soeben Palästina besucht hat, gab in einem Interview seiner Befriedigung über das dort Geleistete Ausdruck. Er erklärte, er sei davon direkt überrascht. In einem Schreiben an Baron Edmond Rothschild spricht er diesem seinen Dank aus für seine durch die Gründung jüdischer Kolonien getane große Arbeit für Palästina. Warburg erklärte, es sei Pflicht eines jeden Juden, an der Aufbauarbeit für Palästina mitzuhelfen. (Ziko.)

Auch die neue englische Regierung legt sich auf die Balfour-Deklaration fest

Auf eine Anfrage im Unterhause des Abg. Charleton über die Politik der Regierung mit Bezug auf die Zukunft Palästinas gab der Staatssekretär der Kolonien, Thomas, die schriftliche Antwort, die Regierung habe nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände beschlossen, an der Politik der Verwirklichung der Balfour-Deklaration vom Jahre 1917 festzuhalten, in der sich Großbritannien verpflichtete, die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu fördern, wobei vorausgesetzt werde, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte anderer Gemeinschaften im Lande beeinträchtigen würde. Wie das Haus wisse, sei diese Politik in dem Mandat für Palästina enthalten, das vom Völkerbund bestätigt worden sei.

Die Londoner „Jewish Times" lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß in dieser Erklärung der neuen englischen Regierung nur auf die Balfour-Deklaration und das Mandat verwiesen wird, während das Churchill'sche White Paper und die darin zum Ausdruck gebrachte Auslegung der Balfour-Deklaration und der Mandatsbestimmungen unerwähnt geblieben ist. (Ziko.)

Metullah wird endlich Palästina einverleibt

Auf Grund des noch im März vergangenen Jahres getroffenen Abkommens zwischen der englischen und französischen Regierung bezüglich der Grenzlinie zwischen Syrien und Palästina wird nunmehr, wie offiziell mitgeteilt wird, von April ab die Kolonie Metullah, die nördlichste jüdische Siedlung des Landes, Palästina einverleibt. (Ziko.)

Aus der jüdischen Welt

Im Namen von 12 000 gefallenen jüdischen Soldaten.

Die in Berlin stattgefundene Tagung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten hat die folgende Entschließung gefaßt:

„Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hat mit Entrüstung von den Beschuldigungen und Verdächtigungen Kenntnis genommen, die General Ludendorff im Münchner Prozeß gegen die deut-

schen Juden ausgesprochen hat. Nur parteipolitische Leidenschaft hat den militärisch verantwortlichen Führer des deutschen Feldheeres zu Verdächtigungen verleitet, wie sie ungerechtfertigter und ehrenkränkender kaum jemals ausgesprochen worden sind.

Im Namen der jüdischen Frontsoldaten, die wir alle in uns das Bewußtsein tragen, mit Opferwilligkeit und Hingabe unserer Kraft dem Vaterland gedient zu haben, im Namen der vielen Tausende jüdischer Männer, die ihre Treue mit dauerndem Siechtum bezahlt haben, im Namen der 12 000 jüdischen Soldaten, die unter Führung General Ludendorffs gefallen sind, im Namen der trauernden Witwen und Waisen, Väter und Mütter, weisen wir die uns zugefügten Beleidigungen zurück und sind uns gewiß, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes von diesen ungeheuerlichen Verdächtigungen nichts wissen will.

I. A.: Dr. Löwenstein, Hauptmann d. R.,
Bundesvorsitzender."

Pessach in Palästina.

Im Rahmen der vom Wiener Palästina-Amte veranstalteten Gesellschaftsreisen nach Palästina wird bei genügender Teilnehmerzahl eine Gesellschaftsgruppe mit dem am 11. April d. J. von Triest auslaufenden Eildampfer des Lloyd Triestino abreisen. Die Reiseteilnehmer werden einen siebzehntägigen Aufenthalt in Palästina nehmen, während der Pessach-Feiertage den nationalen Festlichkeiten in Jerusalem beiwohnen und sämtliche Sehenswürdigkeiten des Landes besichtigen können. Die Reisegesellschaft wird Palästina am 1. Mai verlassen, um sich mit dem am Freitag, den 2. Mai von Alexandrien abgehenden Eildampfer einzuschiffen. Die Ankunft in Wien erfolgt Dienstag, den 6. Mai früh.

Infolge einer von der Schiffahrtsgesellschaft gewährten Ermäßigung stellen sich die Gesamtkosten pro Person (Bahn und Schiff tour und retour, Aufenthalt im Lande, inklusive Exkursionen, Führungen usw.), wie folgt: 1. Klasse 110 Pfund Sterling, 2. Klasse 78 Pfund Sterling, 3. Klasse 48 Pfund Sterling, für Deckreisende 29 Pfund Sterling.

Anmeldungen werden noch bis spätestens 3. April beim Palästina-Amte, Wien, 1. Bez., Bauernmarkt 24 (Tel. 63 1 27), entgegengenommen. Gleichzeitig mit der Anmeldung ist der entfallende Gesamtbetrag beim Palästina-Amte zu erlegen.

Kleines Feuilleton

Vivisektion an Juden

Aus Gorkis Tagebuch.

Die vornehme englische Zeitschrift „Nation" veröffentlicht seit einiger Zeit unter dem Titel: „Fragments from my Diary" (Fragmente aus meinem Tagebuch) die Tagebuchblätter Maxim Gorkis. In der letzten Nummer der „Nation" erzählt Gorki die folgende Geschichte, die ihm von dem berühmten Bakteriologen Prof. Z. vor kurzem mitgeteilt wurde.

Der Professor war mit dem General B. sehr gut bekannt. Während des Krieges sprachen sie einmal über die verschiedensten Dinge und im Verlaufe des Gespräches erwähnte der Professor, daß er eine Anzahl Affen für Experimentierzwecke benötige. Der General warf seinen Kopf zurück und sprach im ernstesten Ton:

„Sagen Sie, Herr Professor, könnten Sie für Ihre Experimente nicht . . . Juden verwenden?"

Da der Professor den General erstaunt ansah, fügt dieser erklärend hinzu:

„Ich habe hier nämlich jetzt einige Juden, die als Spione eingefangen wurden. Diese werden, ob so oder so, gehenkt werden, und so überlasse ich sie Ihnen, wenn Sie sie für Ihre Experimente verwenden wollten, sehr gerne."

Der Gelehrte war so verblüfft über dieses seltsame Angebot, daß er kein Wort der Erwiderung fand. Der General kümmerte sich jedoch nicht um das Erstaunen seines Gastes, sondern klingelte seinen Adjutanten herein, dem er den Befehl erteilte: „Wollen Sie sofort feststellen, wie viele Spione zum Tode verurteilt wurden und wie viele unter ihnen Juden sind?"

Der Adjutant salutierte und enfernte sich. Während dieser sich seiner Aufgabe entledigte, bemühte sich der Gelehrte, den General darüber aufzuklären, daß man an Menschen denn doch nicht solche Experimente ausführen könne, da man doch nicht wisse, wie die Experimente ausgehen. Mit weit aufgesperrten Augen sah er den Professor an und sprach:

„Aber, mein Herr, der Mensch ist doch immerhin verständnisvoller als der Affe."

„Das stimmt —" bestätigte der Professor.

„Wenn Sie nun", fuhr der General triumphierend fort, „einem Menschen irgend ein Gift einspritzen, so wird dieser in der Lage sein, Ihnen zu sagen, wann seine Schmerzen beginnen, und wird überhaupt über jede Phase der Wirkung des Giftes genau berichten können. Bei den Affen ist das ausgeschlossen."

Der Bakteriologe wollte eben antworten, als der Adjutant wieder eintrat. Er salutierte stramm und meldete:

„Exzellenz, melde gehorsamst, unter den zum Tode durch den Strang verurteilten Spionen ist kein einziger Jude! Es sind nur Rumänen und Tschechen."

Der General zog ärgerlich die Stirne in Falten und brummte vor sich hin:

„Schade . . . wirklich schade . . . ich dachte, daß . . . zum Teufel, wirklich schade . . ."

Literarisches Echo

Eine nationaljüdische Doktordissertation

In der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen promovierte vor kurzer Zeit ein junger Berliner Zionist, Alfred Kantorowicz, mit einer Dissertation über das Problem der jüdischen Nationalität zum Doktor der Philosophie. Die Arbeit fand eine sehr günstige Beurteilung. (Ziko.)

Personalia

München. Während der unfreiwilligen Ferien des „Jüd. Echo" hatte die Münchener Israelitsche Gemeinde Gelegenheit, einige Männer zu feiern, welche es verdient haben, auch noch nachträglich in diesem Blatte hervorgehoben zu werden. Anfangs März beging Herr Rabbiner Dr. Ehrentreu seinen 70. Geburtstag, aus welchem Anlaß die Isr. Religionsgesellschaft „Ohel

Jakob" einen Festgottesdienst in ihrer Synagoge veranstaltete. Nach den üblichen Freitagabendgebeten würdigte der Vorsitzende von „Ohel Jakob", Hr. Kommerzienrat Sigmund Fraenkel, in äußerst gehaltvoller Rede die Verdienste des Jubilars nicht nur um seine engere Gemeinde, sondern auch um die Großgemeinde, wo er sich durch seine Friedensliebe in allen Kreisen viele Freunde geschaffen hat. Ganz besonders aber muß auf die Tätigkeit des Herrn Rabbiners Dr. Ehrentreu auf wissenschaftlichem Gebiet hingewiesen werden. Nach dem Tode des Rektors Hoffmann erging an ihn der Ruf als dessen Nachfolger beim Rabbinerseminar in Berlin zu fungieren. Er konnte sich jedoch nicht entschließen, diesem ehrenvollen Rufe Folge zu leisten und seine ihm so lieb gewordene Gemeinde verlassen.

Ein weiterer Jubilar in der hiesigen Gemeinde, der am 2. März seinen 75. Geburtstag beging, Herr Albert Landauer, ist seit 38 Jahren in unermüdlicher Weise im Vorstand der Israel. Kultusgemeinde München tätig. Neben dieser ersprießlichen Arbeit widmete Herr Landauer seine Tätigkeit vielen Wohltätigkeitsvereinen und es sei besonders hervorgehoben, daß derselbe seit vielen Jahren bei fast keiner Beerdigung fehlt. Ganz besonderen Dank verdient derselbe für die Schaffung des Isr. Altersheims in der Kaulbachstraße, das er im Verein mit seinem Kollegen Michael Nußbaum unter großen Mühen ins Leben rief. Die Vorstandschaft der Isr. Kultusgemeinde München feierte die Herren Rabbiner Dr. Ehrentreu und Albert Landauer in einer Festsitzung, die sehr zahlreich besucht war. Bei dieser Gelegenheit wurde den beiden Herren das Ehrendiplom der Gemeinde überreicht.

Die Isr. Religionsgesellschaft „Ohel Jakob" konnte im abgelaufenen Monat einen weiteren Jubilar feiern. Herr Kantor und Religionslehrer Leopold Rotter, der seit 25 Jahren in der Gemeinde in mustergültiger Weise tätig ist, wurde ebenfalls anläßlich eines Festgottesdienstes in entsprechender Weise gefeiert.

Herr Hauptlehrer Heinrich Friedmann konnte in der letzten Woche seinen 75. Geburtstag feiern und wurde in vielfacher Weise geehrt. Von Seite der Regierung wurde ihm der Oberlehrertitel verliehen.

Herr Hauptlehrer S. Dingfelder wurde zum Oberlehrer ernannt.

Frankfurt a. M., 15. Febr. Aus dem Büro der Stellenvermittlungszentrale der Agudas Jisroel Jugendorganisation in Frankfurt a. M., Röderbergweg 71/II, wird geschrieben: Durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse wurden in den letzten Tagen zahlreichen Angestellten aller Branchen gekündigt. Bei uns laufen täglich zahlreiche Stellengesuche ein. Wir bitten hierdurch alle gesetzestreuen Geschäftsinhaber, uns vorkommenden Falles sofort die in ihrem Hause vakante Stelle aufzugeben. — Es sei bemerkt, daß die Vermittlung von Stellen für beide Teile — Arbeitnehmer wie Arbeitgeber — kostenlos erfolgt.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Mit dem zu Ende gehenden Schuljahre tritt an viele jüdische Eltern die schwierige Frage der Berufswahl für die aufwachsenden Söhne heran. Ob es sich nun um den 10jährigen Jungen und seinen beabsichtigten Eintritt in eine Mittelschule handelt oder um den Dreizehnjährigen, der die Volksschule verläßt, um den Absolventen der sechsklassigen oder der neunklassigen Mittelschule, immer ist das Problem ein äußerst heikles. Die akademischen Berufe sind weitaus zum größten Teil überfüllt. Die wirtschaftliche Depression zwingt nicht nur den Staat sondern auch Privatbetriebe zum Personalabbau. Handel und Industrie stagnieren. Alle Aussichten sind trübe. Da dürfte es nicht unangebracht erscheinen, auf eine Berufssphäre hinzuweisen, die aus berechtigten materiellen Erwägungen in den letzten Jahren keine Gegenliebe finden konnte, deren Verhältnisse sich aber doch wesentlich gebessert haben und weiter zu bessern versprechen: der Beruf des jüdischen Lehrer und Kultusbeamten. Durch das Eingreifen der Berufsvereine und Gemeindeverbände, sowie durch die Zuschüsse des Staates, ist doch in sehr vielen, vielleicht den meisten Gemeinden eine Eingruppierung nach staatlichen Sätzen erfolgt und auf die Dauer werden auch die noch widerstrebenden Gemeinden nicht gegen den Strom zu schwimmen vermögen. Die jetzt von Woche zu Woche sich mehrenden Stellenausschreibungen jüdischer Gemeinden drängen den Schluß auf, daß heute zahlreiche offene Stellen, deren Bezahlung nach staatlichen Normen geregelt ist, schon keinen Bewerber mehr finden. Der jüdische Lehrerstand ist durch das Fehlen des Nachwuchses bereits soweit dezimiert, daß jüdische Gemeinden, welche in der Vergangenheit geglaubt haben, **unter** Tarif bezahlen zu dürfen, in Zukunft **über** Tarif werden zahlen müssen, um bei dem mangelnden Angebot der Stellensuchenden berücksichtigt zu werden. Daß anderseits der beregte Beruf hohe ideale Befriedigung zu geben vermag, ist nie bestritten worden. Eine Überproduktion an jüdischen Lehrern ist auch kaum zu befürchten, denn ein großer Teil der jüdischen Lehrerseminare ist in den letzten Jahren eingegangen. Wer die Verhältnisse überblickt, kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Frage des Lehrernachwuchses für das deutsche Judentum in den nächsten Jahren eine ernste Sorge bilden wird. Allen, denen es um die Erhaltung des deutschen Judentums ernst ist, sollten heute schon zu der Frage Stellung nehmen, wie dem durch Lehrermangel drohenden Zerfall der jüdischen Gemeinden vorgebeugt werden kann. Jedenfalls dürften aus dieser Sachlage heraus die Aussichten des jüdischen Lehrerberufs nach der wirtschaftlichen Seite hin günstiger beurteilt werden, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Die israelitische Lehrerbildungsanstalt Würzburg hat in nun 60jährigem Bestehen ihre Lebenskraft erwiesen und die schwere Zeit der Not überdauert. Sie marschiert, obgleich auch bei ihr die Frequenz auf kaum die Hälfte der früheren Besuchsziffer herabgesunken ist, hinsichtlich der Schülerzahl an der Spitze ihrer Schwesteranstalten. 7 Schüler der Oberklasse werden sich der am 17. März d. J. beginnenden Abschlußprüfung unterziehen und voraussichtlich in die Schulpraxis entlassen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der einzigen in Deutschland noch existierenden jüd. Präparandenschule in Höchberg. Zum 1. Mai finden Neuaufnahmen statt. Außer den regulär aus den Präparandenklassen ins Seminar Übertretenden können auch Schüler anderer höherer Schulen Aufnahme finden. Die Reife für Obersecunda (7. Klasse) berechtigt zum Eintritt in die unterste (1), die Absolutorialreife (9. Klasse) zum Eintritt in die oberste (3.) Seminarklasse. Es ist zu erhoffen, daß recht viele diesbezügl. Anmeldungen erfolgen. Der Fortbestand der Seminarklassen ist durch das Aufrücken der zur Zeit in der Präparandie befindlichen, wenn auch geringen Zahl von Zöglingen,

gesichert. Schüler, die die Volksschule absolviert haben, finden in der Präparandenschule Höchberg Aufnahme.

Mit dem Seminar ist zur Zeit auch ein Schülerheim verbunden. Damit wurde einem großen Bedürfnis Rechnung getragen. Schüler der Würzburger Mittelschulen finden Aufnahme — und was besonders hoch anzuschlagen ist — ausgedehnte jüdisch-religiöse Unterweisung, letztere natürlich unentgeltlich. Auch mit der Paräparandie Höchberg ist eine Talmud-Thora-Schule verbunden. Knaben, die sich eventuell dem Lehrerberuf zuwenden wollen, können auf Stipendien, bezw. bedeutende Ermäßigung des Pensionspreises rechnen.

Auf die Anzeige der bayer. Lehrerbildungsanstalten im Inseratenteil dieser Nummer sei besonders hingewiesen.

Daß die bayer. Lehrerbildungsanstalten in ihrer materiellen Existenz hauptsächlich auf die Gebefreudigkeit der Glaubensgenossen angewiesen ist, dürfte bekannt sein. Möge die jüdische Öffentlichkeit sich auch nach dieser Richtung ihrer Pflicht bewußt bleiben und durch reichliche Unterstützung die ebenso segensreichen als unentbehrlichen Anstalten erhalten und fördern helfen.

Jüdische Volksschule in München. Genau vor 50 Jahren hat die Wolfsheimersche jüdische Schule ihre Pforten geschlossen. Am 1. Mai d. J. wird die neue „Jüdische Bekenntnisschule" im Gebäude Herzog Rudolfstraße 5 ihre Tore öffnen. Die Schule untersteht gleich allen anderen öffentlichen Volksschulen der Stadtschulbehörde. An die Lehrkräfte werden dieselben strengen Anforderungen bezüglich Ausbildung gestellt, wie an alle Münchener Lehrer. Die Auswahl der Bewerber ist durch die Regierung von Oberbayern erfolgt. Vorläufig sind 2 Lehrer für 50 Kinder, welche sich auf 4 Klassen verteilen, vorgesehen. Der Aufbau weiterer Klassen wird erfolgen können, wenn in kommenden Jahren sich die Zahl der Schüler der Anstalt entsprechend vermehrt, was sicher zu erwarten ist, da die Schule in engster Fühlung der Behörden mit dem Unternehmer, dem Verein „Ohel Jakob" sich zu einer Musterschule entwickeln wird.

Bar Kochba München. Die Stürme des vergangenen Herbstes gingen an dem Bar Kochba nicht spurlos vorüber; der Verein, der bis dahin einen ordentlichen, geregelten Sportsbetrieb hatte, ging ganz in die Brüche, da ein Teil der Mitglieder ausgewiesen oder weggezogen war. Es war daher eine Notwendigkeit, die Generalversammlung einzuberufen, um über die nähere Existenz des Vereins zu beraten; diese Versammlung, die am 11. Februar unter starker Beteiligung der bisherigen Mitglieder stattfand, ließ den einmütigen Beschluß kund werden, den Verein weiter zu führen. Sämtliche Anwesenden verpflichteten sich, an dem Wirken und Gedeihen des neu erstandenen Vereins tatkräftig mitzuarbeiten. Die sich anschließenden Vorstandswahlen ergaben: 1. Vorsitzender: Dr. Heinr. Feuchtwanger, Thierschstr. 19, Tel. 27176; Kassier: D. Masur, Kobellstr. 15, Tel. 53878; Schriftführer: Max Friedländer, Lindwurmstr. 129, Tel. 73531; Leichtathletikabteilung: Ernst Heumann, Andreestr. 2, Tel. 24307 (60357); Fußballabteilung: Jakob Koronczyk, Kanalstr. 27, Tel. 54443; Damenabteilung: Frl. Camilla Hohenberger, Am Glockenbach 4; Frl. Adele Strauß, Karlstr. 49, Tel. 43295; Blau-Weiß und Jugendabteilung: Leopold Berger, Karlstr. 33/I. Weiter setzte die Generalversammlung die Mitgliedsbeiträge auf 1 M. für Erwachsene, 30 Pfg. für Jugendliche pro Monat fest und beschloß, an alle nicht anwesenden, früheren Mitglieder ein Rundschreiben mit anhängendem Verpflichtungsschein hinausgehen zu lassen; sämtliche Mitglieder, die ein solches Schreiben erhalten haben, werden gebeten, den Verpflichtungsschein umgehend an den Kassier, Herrn Masur, gelangen zu lassen.

Der neuen Vorstandschaft ist es trotz vieler Bemühungen bisher nicht gelungen, ein neues Turnlokal zu bekommen; es wird daher bis auf weiteres in der Schwindschule geturnt; als Lehrer für die Damenabt. wurde wieder Herr Schindlbeck gewonnen. Die Übungszeiten wurden folgendermaßen festgesetzt:

a) Turnen. Turnlokal: Schule an der Schwindstr.
weibl. Jugend: Dienstag, 6—½8 Uhr. Leitung: Frl. Hohenberger und Strauß.
Damenabtlg.: Dienstag ½8—9 Uhr. Leitung: Herr Schindlbeck.
männliche Jugend: Donnerstag 6—½8 Uhr. Leitung: Herr Berger und Löwenstein.
Beginn: Dienstag den 8. April, bezw. Donnerstag, den 10. April.

b) Leichtathletikabteilung:
Dienstag, abends ab 6 Uhr Rasentraining (Platz a. d. Säbenerstr.)
Donnerstag, abend ab ½8 Uhr Hallentraining in der Schwindschule. Leitung: Herr Heumann. Beginn: Donnerstag, den 10. April.

c) Fußballabteilung: Platz an der Säbenerstraße.
Sonntag, vormittags ½10—12 Uhr.
Mittwoch abends 5—7 Uhr (Jugend). Leitung: Herr Koronczyk. Außerdem jeden Montag, abends 8 Uhr Zusammenkunft im Rest. Fraunhofer (Fraunhoferstr. 5).

Alle Mitglieder werden ersucht, sich pünktlich und vollzählig an den Übungsplätzen einzufinden, damit der Bar Kochba, der in Klasse B startet, auch heuer wieder wie bisher die Erfolge zeitigt, auf die die Münchener Judenschaft stolz sein kann!

Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba. Die Leichtathletik-Abteilung des Bar Kochba hat in den letzten Jahren durch ihre sportlichen Leistungen dem Ansehen der Juden Münchens außerordentlich genützt. Nach der durch die politischen Ereignisse erfolgten Unterbrechung ihrer Tätigkeit soll diese Abteilung jetzt organisiert werden und wir rufen alle jüdischen Sportfreunde auf, uns durch ihre aktive oder fördernde Mitwirkung hierin zu unterstützen. Als selbstverständlich erwarten wir, daß alle Bar-Kochbaner zur Vorbereitung für die bevorstehenden großen Sportkämpfe (Erstlings-Neunkampf, Grünwald-München usw.) sich regelmäßig und pünktlich zum Training einfinden. Darüber hinaus fordern wir alle jungen jüdischen Sportler auf, unsere Reihen zu stärken, damit wir wieder die gewohnten Erfolge erzielen können. Mit dem Training wird kommenden Dienstag, den 8. April, abends 6 Uhr auf dem Platze an der Säbenerstraße begonnen und wir hoffen, daß alle vollzählig erscheinen. Die Trainingszeiten sind vorerst folgende: Dienstag, 6 Uhr Rasentraining (Säbenerstraße), Donnerstag halb 8 Uhr Hallentraining (Schwindschule), Sonntag, vormittag 10 Uhr Rasentraining (Säbenerstraße).

Der Sportwart.

Schachklub Lasker. Die Sieger des Winterturniers sind: in Klasse I: Friedrich Abeles (Klubmeister), Josef Ziegler; in Klasse II: Josef Abeles, Arnold Goldberg. — Unsere Mitglieder ersuchen wir, fleißiger zu kommen und neue Schachfreunde zu werben. — Gäste jederzeit willkommen; Anfänger erhalten kostenlos Schachunterricht. Schachbibliothek steht zur Verfügung. — Spielabend: jeden Montag, abends 8 Uhr, im „Herzog Heinrich‘ (Ecke Landwehr - Mathildenstraße). Der Vorstand.

An unsere Abonnenten!

Der Bezugspreis für das Jahr 1924 beträgt nach Abzug der Zeit des Nichterscheinens unserer Zeitschrift

Mark 6.—

oder vierteljährlich (vorauszahlbar) Mk. 2.—. Wir bitten unsere verehrl. Abonnenten, diesen Betrag mittels der dieser Nummer beigefügten Zahlkarte an uns einzusenden. Betråge, die bis 1. Mai nicht eingegangen sind, werden zuzüglich Erhebungskosten durch Nachnahme eingezogen.

Verlag das Jüdische Echo

Die glückliche Geburt eines gesunden
Töchterchens
zeigen hocherfreut an
ARNO UND ADELE BLITZ
geb. Hohenberger
MERAN Rathausstraße 8

Abonnentenwerber gegen hohe Provision gesucht!

„Jüdische Echo“

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.